

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

**Bezugs-Verhältnisse:**  
Für Dresden: 10 Mk. jährlich, 5 Mk. halbjährlich, 2 Mk. vierteljährlich.  
Für andere Städte: 12 Mk. jährlich, 6 Mk. halbjährlich, 3 Mk. vierteljährlich.  
Einzelhefte: 10 Pf.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

Für Feinschmecker

**Lobeck's** *Chocolade* per Tafel 50 Pf.

**Fondant-Chocolade** per Tafel 50 Pf.  
**Rahm-Chocolade** per Tafel 50 Pf.  
**Bitter-Chocolade** per Tafel 50 Pf.  
**Cacao** per 1/2 Kg. Dose 2.40 Mk.  
**Dessert** per Carton 2.3 u. 4 Mk.

Marke: Dreiring

Hauptgeschäftsstelle:  
Wartenstraße 38/40.

**RAUM KUNST**

Bräutleute kaufen am vorteilhaftesten in der

**„Raumkunst“**

Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.

Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges eigenes Fabrikat. Neuester Schlag: Preßstoffmöbel (D. R. P.). Elegant - Praktisch - Billig.

**Gummi-** alle Maschinenbedarfs-Artikel

Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Rollen, Walzen, sowie

wie: Stoppbüchsen-Packungen, Selbstlöter, Wasserstandsgläser, Maschinenöle

en gros liefern in besten Qualitäten billigst en detail

**Gummi- u. Asbest-Compagnie**

Reinhard Stieher & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 8.

**Reformbettstellen**

**A. F. Müller**

Eisenmöbelfabrik

gegründet 1873

Annenstr. 23/25, Annenhof.

Alle Arten Eisenmöbel.

**Eierlebertran**

mit Nährsalzen und Lecithin, aus frischen Eiern und Meyerschem Medizinaltran, ohne schlechten Trageschmack. Knochen und Gewebe bildend. Hervorragendes Heilmittel für schwache Kinder und Erwachsene bei Drüsen-, Lungen- und Halsleiden, Körperschwäche, Magerkeit, engl. Krankheit usw. Flasche 0,75, 1,50, 2,50 Mk. Patentamtlich geschützt. Vor Nachahmung wird gewarnt! :: Alleinverkauf und Versand für das Königreich Sachsen: Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

mit Nährsalzen und Lecithin, aus frischen Eiern und Meyerschem Medizinaltran, ohne schlechten Trageschmack. Knochen und Gewebe bildend. Hervorragendes Heilmittel für schwache Kinder und Erwachsene bei Drüsen-, Lungen- und Halsleiden, Körperschwäche, Magerkeit, engl. Krankheit usw. Flasche 0,75, 1,50, 2,50 Mk. Patentamtlich geschützt. Vor Nachahmung wird gewarnt! :: Alleinverkauf und Versand für das Königreich Sachsen: Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

**Salomonis-Apotheke,**  
Dresden-A., Neumarkt 8.

## Für eilige Leser.

**Wutvolle Witterung:** Nordwestwinde, wolfig, zeitweise Schnee.

Der König ist gestern abend von Leipzig nach Dresden zurückgekehrt.

Der Präsident des Deutschen Kriegerbundes, Generaloberst v. Vindequith, erläßt eine Kundgebung gegen die Sozialdemokratie.

Die Wahl des Bündlerführers Dr. Dertel im Kreise Brügel-Ramsau soll von den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten angefochten werden.

In der Passage Mekau in Paris wurde dem Geldausdräger einer Fabrik ein Paket mit Banknoten im Werte von 120 000 Francs entrisen. Der Täter entkam.

In Belgien ist eine Verschwörung gegen den König Peter entdeckt worden. Acht Offiziere wurden verhaftet.

Einer Belgischer Meldung zufolge hat Kronprinz Alexander neuerdings sein Amt als Generalinspekteur der serbischen Armee niedergelegt.

In China werden die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden, da der Thron es ablehnt, abzugeben.

## Einen bemerkenswerten Nachhall der Reichstagswahlen

gab es im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Volkvertretung des führenden Bundesstaates steht unerschütterlich auf einem sehr hohen Niveau und genießt allgemein den Ruf eines von großzügigen Gesichtspunkten geleiteten Parlamentes, dessen Verhandlungen weitbin mit Aufmerksamkeit verfolgt werden. Bei der hervorragenden traditionellen Stellung des preussischen Abgeordnetenhauses ist es denn auch nur natürlich, daß die jüngstverflossene Wahlbewegung mit ihren Ergebnissen dort ein besonders nachdrückliches Echo gefunden hat, das in erster Linie in den von einem zielbewußten nationalen-monarchischen und staatsbehaltenden Weisse getragenen Ausführungen des konservativen Abgeordneten v. Pappenheim zum Ausdruck kam. Der Kern der Klagsanwendung, die der genannte Redner aus dem Anlasse der Reichstagswahlen zog, bestand in der Feststellung, daß es die vornehmste Aufgabe aller Patrioten sein müsse, die Autorität des monarchischen Staates gegenüber den zerstreuten Kräften mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten; die Autorität der monarchischen Gewalt sei der Preis, auf dem das Deutsche Reich allein beruhen könne. Die rechte Seite erhielt dieser höchst zeitgemäße Appell des Herrn v. Pappenheim durch den gleichzeitigen Hinweis, daß die Konservativen das ihnen von der Nation hinterlassene Erbe erwerben würden, um es zu besitzen. Damit ist klar ausgesprochen, daß die politischen Freunde des Herrn v. Pappenheim nicht an eine einseitige Gewalt- und Unterdrückungspolitik gegenüber der Sozialdemokratie denken, wie es von radikaler Seite geflissentlich behauptet wird, sondern daß sie sich ihrer Pflicht rühmlicher Mitarbeit am staatlichen Gemeinwesen im Sinne eines gemäßigten Fortschritts wohl bewußt und bereit sind, entsprechend zu handeln. Einen Beweis dieses Pflichtgefühls gegenüber der Allgemeinheit gab der konservative Abgeordnete durch den Ton entschiedener Mäßigung, auf den seine ganze Rede gestimmt war. Er vermied es sorgfältig, durch eine parteipolitische Polemik auf der Linken irgendwelche Reaktionen hervorzurufen und beschränkte sich einfach auf die durch die Illusion des preussischen Staats vollbrachte Erklärung, daß die vielgeschmähte Reichsfinanzreform zu einer Gesundung der preussischen Landesfinanzen „eminent“ beigetragen habe. Leider fand das ernste und loyale Bestreben des Herrn v. Pappenheim, bei der Gewährleistung der Sachlichkeit der parlamentarischen Verhandlungen mit gutem Beispiel voranzugehen, auf der extremen Linken nicht das genügende Verständnis und Entgegenkommen. Die zum Teil direkt an den Haaren herbeigezogenen Zwischenrufe der radikalen Linken ließen vielmehr erkennen, daß auf dieser Seite die parteipolitische Leidenschaft noch in hoher Blüte steht und nach Betätigung auch im preussischen Parlament lechzt.

Wenn Herr von Pappenheim bei der Hervorhebung der Pflicht zur Erhaltung der monarchischen Autorität ganz besonders den preussischen Standpunkt betonte, so ist das

wegen der Eigenart des preussischen Staatswesens wohl verständlich. Man braucht sich nur der Worte Bedels auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag zu erinnern: „Der preussische Staat ist etwas ganz Besonderes; wenn wir Preußen erobern, so haben wir gewonnenes Spiel —“, um zu begreifen, wie sehr dem führenden Bundesstaate die Vorhut im Kampfe um die Wahrung der monarchischen Autorität zukommt. Daß aber Herr von Pappenheim durchaus nicht einer einseitigen, preussischen Auffassung kundtut, sondern aufrichtig bundesstaatlich gefasst ist, bewies er durch seine Bemerkungen zu der Frage einer deutschen Eisenbahngemeinschaft, die neuerdings durch die offiziellerseits und auch von den „Dresdner Nachrichten“ an anderer Stelle gewürdigte Kirchhoff'sche Schrift wieder in Fluß geraten ist. Der toniervolle Redner erklärte hierzu ausdrücklich, daß seine politischen Freunde die Selbständigkeit der Bundesstaaten in dieser allerwichtigsten Betriebsverwaltung mit aller Sorgsamkeit wahren werden. Das ist ein höchst dankenswertes Eintreten für die berechtigten bundesstaatlichen Interessen auf einem Gebiete, das den empfindlichsten Lebensnerven der mit eigenen Eisenbahnen ausgestatteten Gliedstaaten berührt. Solange solche aufrichtige föderative Gesinnungen in der konservativen Partei Preußens herrschen, ist der bundesstaatliche Gedanke gut gebettet und droht sich keiner Schädigung zu verziehen.

Der Sprecher des Zentrums Abg. Herold legte sich im Punkte der Polemik gegen die Linke nicht die gleiche Zurückhaltung auf, wie der konservative Redner, sondern wählte seine Ausführungen nach dieser Seite mit einigen gepfefferten Bemerkungen, die natürlich einen entsprechenden Widerhall auslösten und bei nächster Gelegenheit mit gleicher Münze heimgezahlt werden dürften. Es sprach hierbei offenbar eine gewisse parteipolitische Verzerrung wegen einiger Mandatverluste mit, die das Zentrum im jüngsten Wahlkampfe erlitten hat. Schließlich gewann aber der Zentrumsredner wieder einen höheren Standpunkt, indem er eine dringende Mahnung an die bürgerlichen Parteien richtete, sich zum gemeinsamen Kampfe gegen den inneren Feind zusammenzuschließen, während er zugleich die Bereitwilligkeit des Zentrums zu gemeinschaftlicher Arbeit mit den übrigen bürgerlichen Parteien im Interesse des Staatswohls aussprach. In der Tat ist die Wiederannäherung unter den staatsbehaltenden Parteien zum Zwecke eines fruchtbareren parlamentarischen Wirkens der springende Punkt der gesamten innerpolitischen Lage. Eine solche bürgerliche Sammelpolitik, wie sie vor allem von Bismarck in vorbildlicher Weise bei den berühmten Septennatswahlen des Jahres 1887 und später besonders von dem preussischen Finanzminister Johannes von Miquel mit Erfolg betrieben wurde, ist heute wieder mehr als je vonnöten geworden. Zum Schaden der nationalen Sache ist es allerdings in linksliberalen Kreisen Mode geworden, über jeden Versuch nach dieser Richtung zu spötteln und zu wibeln, und alle auf dieses Ziel gerichteten Bemühungen von vornherein als aussichtslos ins Lächerliche zu ziehen. Dadurch darf sich aber der besonnene patriotische Politiker nicht irren machen und nicht an der Erfüllung seiner Pflicht behindern lassen, die ihn ganz klar und unzweideutig darauf hinweist, immer wieder und wieder die Notwendigkeit einer solchen Sammelpolitik zu betonen. Es verdient daher auch ganz besondere Anerkennung, daß der leitende Minister eines deutschen Bundesstaates, der badische Staatsminister von Dusch, sich zu der gleichen Auffassung bekannt und erklärt hat, die heutige Zeit sei nicht dazu angetan, sich über die bürgerliche Sammelpolitik lustig zu machen. Diese Sammelpolitik werde sicher kommen, da die Sozialdemokratie, wie bisher, so auch künftig in nationalen Fragen verfallen werde. Am letzten Sommer, als es sich um die Ergänzungsfrage des Deutschen Reiches handelte, habe die Sozialdemokratie sich in geradezu empörender Weise benommen, und wenn sie in dieser Beziehung nicht einlenke, würden die patriotischen Wogen, die jetzt zurückgedrängt seien, wiederkommen. Eine solche Haltung könne das deutsche Volk nicht auf die Dauer ertragen; die bürgerlichen Parteien müßten und würden dann zusammenstehen gegen die Sozialdemokratie, um die Interessen des Vaterlandes zu wahren. Noch eine andere Äußerung des badischen Staatsministers ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Er legte nämlich, es sei geradezu eine Befeldigung und Herabwürdigung der Regierung, wenn die Sozialdemokratie den Ministern zumute, ihrem Monarchen einen modus vivendi mit der Partei des Unsturzes vorzuschlagen. Bravo! Das ist ebenso klar

und unzweideutig, ebenso scharf und manhaft geäußert, wie das Wort des sächsischen Staatsministers Freiherrn von Fritthum und Eckardt, daß die Regierung mit der wirklichen Arbeiterkraft gern, aber mit der revolutionären Sozialdemokratie niemals eine Verständigung suchen werde. Wenn alle verbündeten Regierungen ohne Ausnahme fest und zielbewußt mit eiserner Energie der Sozialdemokratie die Stirn bieten und die großen bürgerlichen Parteien in klarer Erkenntnis der Forderung des Tages ihnen den Rücken decken, so wird die sozialdemokratische Diktatur bald wieder abebben und der Tag des Gerichts sich gegen die Feinde der bestehenden Ordnung kehren.

## Neueste Drahtmeldungen

vom 31. Januar.

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt. Abg. Dr. Friedberg (mit.) polemisiert gegen Herold. Wenn dieser geäußert habe, daß 1907 ein feines Abkommen des Zentrums mit den Sozialdemokraten bestanden habe, so gehöre dazu der Mut des Wambulen (Herold). Das Scharrichteramt an Herold habe abtrünnig gehandelt. Die Sozialdemokraten hätten bei den Wahlen erheblich an Stimmen eingebüßt, die Liberalen dagegen gewonnen. Die ultramontane Presse habe die Religion als Vorwand für politische Zwecke benutzt, was das niederträchtigste Verfahren sei, das man sich denken könne. (Zustimmung links, Unruhe im Zentrum.) Wenn Herold an alle bürgerlichen Parteien einen Appell zu einem gemeinsamen Zusammenarbeiten gerichtet habe, dann hätte er nicht eine solche Rede halten dürfen. (Lebhafter Beifall links.) Herold kritisiert dann den Etat und befreit insbesondere die Notwendigkeit einer Verewigung der Steuerzuschläge. Er wirft dabei seinem früheren Parteigenossen, dem Finanzminister Dr. Venge, Oberflächlichkeit vor. Er fragt nach der Reform des Wahlrechts. Das jetzige Verhalten der Regierung läßt zu aus, als ob die Regierung nicht über, sondern unter den Parteien stehe. (Lebhafter Beifall links.) Es wird ein zweiter Freiherr v. Stein gebraucht, der in Aufnahmefähigkeit an das alle, dem Staate neues, frisches Leben einflößt. — Minister des Innern v. Dallwitz erwidert auf beäffliche Anmerkungen, ein Wechsel in der Innenpolitik sei nicht eingetreten. Von einer Wiedereinbringung der Wahlrechtsvorlage sehe die Regierung in diesem Jahre ab. Die Einbringung der Vorlage habe die Beachtung nicht gemindert, sondern eher verstärkt. Der Wahlerlaß, durch den die Regierungspräsidenten aufgefordert worden sind, sich über etwaige Anträge gegen die Politik der Regierung zu äußern, sei geradezu als Mobilmachung der Landräte zugunsten der Konservativen und des Zentrums hinichtlich worden. Ein derartiges Ersuchen an die Regierungspräsidenten, sich über schwerwiegende Anträge gegen die Regierung zu äußern, sei aber wahrlich keine einseitige Parteinahme zugunsten einzelner Parteien oder gar eine Anreizung zur Korruption. Die Regierung habe die Pflicht, sich über Angriffe zu orientieren, die gegen sie erhoben worden sind, um sie rechtzeitig zu helfen. Der Erlaß war veranlaßt durch die zunehmende Maßlosigkeit der Angriffe und der Kaitation, die die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen die Staatsordnung betreibt. (Dr. Liebknecht ruft: „Unausführliches Zeug!“ — Große Unruhe rechts.) Dieser zerstückelten Täuschung der Sozialdemokratie auf diesem Wege soweit als möglich entgegenzutreten, ist die Pflicht der Regierung. Der Abg. Hirsch hat gestern hier angekündigt, daß die Wahl eines Sozialdemokraten mit dem Beamtenwohl wohl vereinbar sei. Ein Beamter, der einem Landesherren den Treueid geleistet hat, bricht diesen Eid in dem Augenblick, in dem er mittelbar oder unmittelbar die Bestrebungen einer antimonarchischen Partei zu fördern unternimmt. (Stürmischer Beifall rechts. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ein Beamter müsse in dem Augenblick, in dem er ansehe, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, daraus die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amte scheiden. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Tut er das nicht, dann wird er zum Eibbrecher und Vagabund. (Stürmisches Bravo! rechts. — Zuruf: Terrorismus!) Das kann nicht gebildet werden im Interesse des Staates, der eidverweßene Beamte nicht brauchen kann, im Interesse des Volkes, das noch andere Begriffe von Treu und Glauben hat, als leider nach den Ausführungen des Abg. Hirsch bei einem Teil der ihm näherstehenden vorhanden sein mögen, und im Interesse der Beamenschaft, die mit Vagabunden und Heuchlern nichts zu tun haben will. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum, große Unruhe links. — Freiherr v. Erla ruft den Abg. Liebknecht wegen seines Zurufes zur Ordnung.) Eisenbahnminister Freiherr v. Breitenbach kündigt eine ausführliche Erörterung der Frage der deutschen Eisenbahngemeinschaft in der Budgetkommission an und befragt dann die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn. Es sollen erst die Erfahrungen auf der Strecke Bitterfeld-Dekau und im Dombaurer Vorortverkehr gesammelt werden. Nach demselben Grundsatze werde auch der Berliner Betrieb geführt werden. Um eine angemessene Vergütung

Erst Pfunds Yoghurt!